Böckler impuls

6/2012 28. März

Arbeitskämpfe: Zersplitterung der Tariflandschaft verursacht mehr Streiks 2
Beschäftigung: Die deutsche Version von Flexicurity – Anpassungsfähig durch Arbeitszeitkonten 3
Eurokrise: Europas Sparpolitik – Teufelskreis statt Befreiungsschlag 4
Arbeitsmarkt: Acht Millionen mit Niedriglohn 6
Studium: Höhere soziale Hürde nach dem Abitur 7
TrendTableau 8

Hans Böckler Stiftung

KONJUNKTUR

Wachstum hängt am privaten Konsum

Die Krise im Euroraum, die strikte Sparpolitik und der wirtschaftliche Einbruch in zahlreichen EU-Ländern machen der deutschen Wirtschaft schwer zu schaffen. Die Konjunktur hängt am privaten Konsum.

Ein Miniwachstum von 0,3 Prozent in diesem Jahr, 0,7 Prozent 2013: In ihrer neuen gemeinsamen Konjunkturprognose gehen das IMK, das OFCE aus Paris und das Wiener WIFO-Institut davon aus, dass die tiefe Krise wichtiger europäischer Partner die deutsche Wirtschaft ausbremst.* „Die übertrieben harte Sparpolitik bei vielen unserer Handelspartner, die durch den Fiskalpakt praktisch auf die gesamte EU übertragen wird, trifft uns schwer“, sagt Gustav Horn, der Wissenschaftliche Direktor des IMK. „Alle Hoffnungen, dass sich Deutschland durch seine Exporte nach Übersee von der Entwicklung im Euroraum abkoppeln könnte, sind Illusionen.“ Zumal die Konjunktur auch in Asien und Lateinamerika an Dynamik verliere – nicht zuletzt, weil sich dort die geringere Nachfrage aus Europa bemerkbar macht.

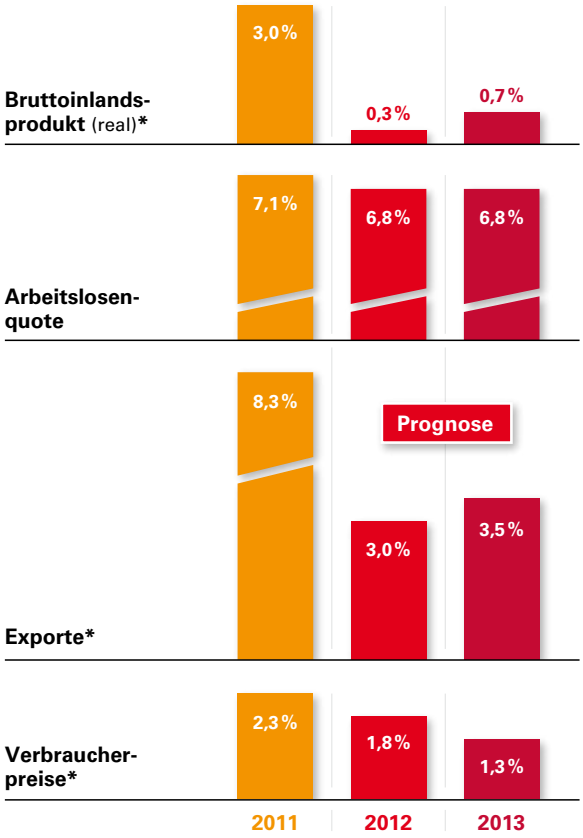
Rezession im Euroraum. Dabei liegt Deutschland mit seiner stagnativen Entwicklung nach Voraussage der drei Institute noch deutlich über dem Euroland-Durchschnitt: Da nicht nur die südeuropäischen Krisenländer 2012 wirtschaftlich schrumpfen, sondern beispielsweise auch die Niederlande oder Belgien, sehen die Wissenschaftler die Währungsunion als Ganze in einer hartnäckigen Rezession: Das Bruttoinlandsprodukt wird demnach im Jahresdurchschnitt 2012 um 0,8 Prozent sinken. 2013 schrumpft es erneut um 0,5 Prozent. Das schlägt kräftig auf das Wachstum der deutschen Ausfuhren zurück, ebenso auf die Investitionen.

Arbeitsmarkt robust. Der zentrale wirtschaftliche Stabilisierungsfaktor ist daher vor allem 2012 der private Konsum. Er nimmt laut Prognose moderat zu – vorausgesetzt, inflationsbereinigt steigen die Löhne und Gehälter spürbar. Robust ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt: Trotz der schwachen Konjunktur rechnen IMK, OFCE und WIFO damit, dass die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr noch einmal leicht sinkt und 2013 stabil bei einer Quote von 6,8 Prozent bleibt.

Die Institute gehen davon aus, dass sich die Staatsschuldenkrise im Euroraum vorerst nicht zuspitzen wird. Voraussetzung dafür: Die Europäische Zentralbank (EZB) müsse ihre erfolgreiche Strategie fortsetzen, Banken günstige Liquidität zur Verfügung zu stellen und weiterhin Staatsanleihen am Markt kaufen können, um die Zinsentwicklung zu dämpfen. Die Wissenschaftler warnen vor einen Kurswechsel: Jüngste Versuche von Politikern und einzelnen nationalen Notenbankern, die EZB an einer Fortsetzung der hohen Liquiditätsbereitstellung zu hindern, seien „sehr gefährlich“.

Aufschwung bricht ab

So entwickeln sich laut IMK, OFCE und WIFO ...



* Veränderung im Vergleich zum Vorjahr
Quelle: IMK, OFCE, WIFO 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

* Quelle: IMK, OFCE und WIFO: Fiskalpakt belastet Euroraum – Gemeinsame Diagnose des Makro-Konsortiums, IMK Report 71, März 2012
Download und Quellendetails: www.boecklerimpuls.de

Zersplitterung der Tariflandschaft verursacht mehr Streiks

2011 haben mehr Beschäftigte gestreikt als 2010, und es fielen dabei mehr Arbeitstage aus. Im Mehrjahresvergleich blieb das Arbeitskampfgeschehen in Deutschland aber auf einem relativ niedrigen Niveau.

Etwa 180.000 Beschäftigte haben sich nach der aktuellen WSI-Arbeitskampfbilanz im vergangenen Jahr an Streiks und Warnstreiks beteiligt. 2010 waren es rund 120.000 gewesen. Die Anzahl der Streiktage summierte sich Ende 2011 auf 304.000 und lag damit ebenfalls deutlich über der des Vorjahres. „Dieser Anstieg relativiert sich vor dem Hintergrund der ausgesprochen niedrigen Arbeitskampfzahlen des Jahres 2010“, sagt WSI-Arbeitskampfforscher Heiner Dribbusch.* „Insgesamt blieb das Arbeitskampfvolumen trotz der Zunahme vergleichsweise niedrig und lag deutlich unter dem der Jahre 2006 bis 2009“, so der Experte. Die Arbeitskampfbilanz des WSI ist eine Schätzung, die auf Statistiken der Gewerkschaften, Pressemeldungen und eigenen Recherchen basiert.

Schwerpunkt Dienstleistungssektor. Auch im Jahr 2011 hat sich ein Trend fortgesetzt, den Dribbusch schon länger beobachtet: Das Arbeitskampfgeschehen verlagerte sich hin zu den Dienstleistungsbranchen. Rund 40 Prozent aller Streikenden waren 2011 an den Warnstreiks beteiligt, die zu Beginn des vergangenen Jahres die Tarifrunde im öffentlichen Dienst der Länder begleiteten. In den klassischen Industriebranchen war lediglich die Tarifrunde der Stahlindustrie von größeren Warnstreiks begleitet. In der mitgliederstarken Metall- und Elektroindustrie standen 2011 keine Entgeltverhandlungen an.

Zerklüftete Tariflandschaft. Nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2010 gab es 2011 wieder mehr Tarifkonflikte, die zu Streiks führten. Auch hier stand nach Dribbuschs Analyse der Dienstleistungssektor mit seiner zerklüfteten Tariflandschaft im Mittelpunkt. Als Indikator zieht der Forscher die Streikbilanz der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di heran. Im Jahr 2011 lagen dem ver.di-Bundesvorstand 160 Anträge auf Arbeitskampfmaßnahmen vor, im Vergleich zu gut 100 im Jahr zuvor. Relativ häufig streikten auch wieder Mitglieder der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten.

Viele Auseinandersetzungen in kleinen Betrieben. Die meisten dieser Arbeitskämpfe wurden nach Dribbuschs Untersuchung um Haus- und Firmentarifverträge ausgetragen. „Diese Auseinandersetzungen sind Ergebnis einer anhaltenden Zersplitterung der Tariflandschaft“, erklärt der Forscher. Hauptauslöser der Streiks sei die Weigerung von Unternehmen, Tarifverträge anzuerkennen oder überhaupt abzuschließen. Viele dieser überregional selten beachteten Streiks wurden in mittleren und kleinen Betrieben geführt.

Die Streikaktivitäten der Berufsgewerkschaften blieben 2011 insgesamt relativ überschaubar, so die WSI-Bilanz. Neben Warnstreiks des Marburger Bundes an den Universitätskliniken waren vor allem kleinere Streiks der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) bei mehreren regionalen Privatbahnen zu registrieren.

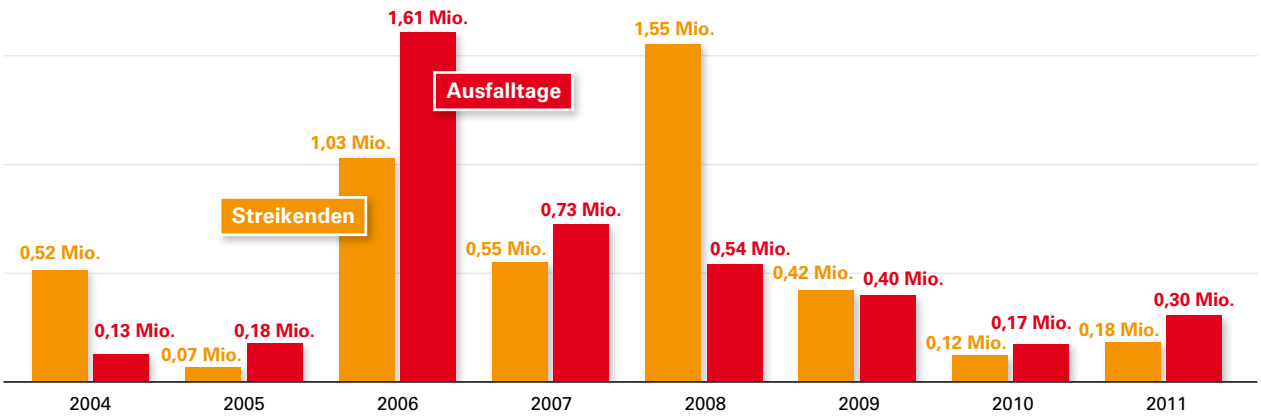
Das laufende Jahr ist nach Dribbuschs Analyse geprägt durch mehrere große Tarifrunden, so dass es grundsätzlich zu Arbeitskämpfen mit vielen Streikenden kommen könnte. Die breite Beteiligung an den Warnstreiks im öffentlichen Dienst bei Kommunen und Bund zeige das Konfliktpotenzial dieser Tarifrunde, so Dribbusch. Sollte es hier zu weiteren Warnstreikwellen oder gar zu Flächenstreiks kommen, würde das Arbeitskampfvolumen im Jahr 2012 sicherlich das des Vorjahres übertreffen. Ob die anlaufende Metalltarifrunde von größeren Arbeitskampfmaßnahmen begleitet sein wird, lasse sich derzeit noch schwer einschätzen.

*Heiner Dribbusch ist Experte für Tarif- und Gewerkschaftspolitik im WSI

Download unter www.boecklerimpuls.de

Streiks: Zunahme nach starkem Rückgang

In den vergangenen acht Jahren betrug die Anzahl der ...



Quelle: WSI 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Die deutsche Version von Flexicurity: Anpassungsfähig durch Arbeitszeitkonten

Die jüngste Wirtschaftskrise hat gezeigt: Ausgefeilte Arbeitszeitmodelle nützen mehr als Deregulierung. Was konservative Ökonomen oder Organisationen wie die OECD unter flexiblen Arbeitsmärkten verstehen, greift dagegen zu kurz.

Lange Zeit stand der angeblich „sklerotische“ deutsche Arbeitsmarkt in der Kritik. Als Beleg diente unter anderem der vergleichsweise hohe Regulierungsgrad, den der Employment-Protection-Legislation-Indikator (EPL) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Deutschland attestiert. Er gibt Auskunft über Kündigungsschutzregelungen sowie Regulierungen von Leiharbeit und befristeter Beschäftigung – und wird aktuell auch zitiert, wenn es um den Reformbedarf südeuropäischer Krisenländer geht. Je niedriger das Schutzniveau, desto flexibler und beschäftigungsfreundlicher ist nach den Vorstellungen der OECD der Arbeitsmarkt. Dabei hat insbesondere der jüngste Wirtschaftseinbruch gezeigt, dass es auf ganz andere Formen von Flexibilität ankommt, wie Hartmut Seifert feststellt, Arbeitsmarktexperte und früherer Leiter des WSI.*

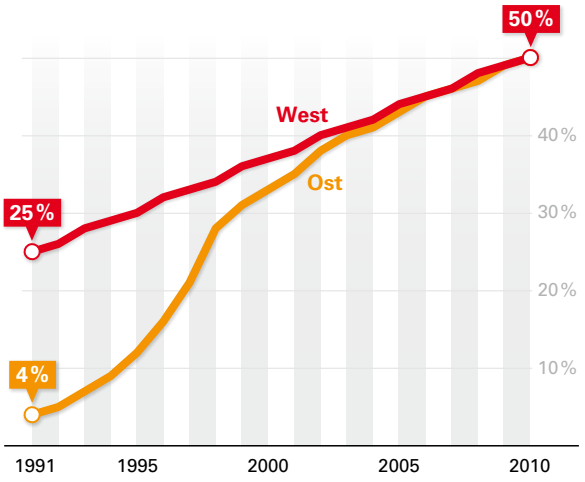
Als infolge der Finanzkrise weltweit die Konjunktur zusammenbrach und Deutschland trotz stark gesunkener Industrieproduktion mit relativ geringen Beschäftigungsverlusten davonkam, sei auf einmal nicht mehr von Überregulierung, sondern vom „deutschen Beschäftigungswunder“ die Rede gewesen, schreibt Seifert in seiner Analyse der deutschen Arbeitsmarkt-Entwicklung seit 2008. Tatsächlich erwies sich der Arbeitsmarkt als erstaunlich stabil: Zwischen April 2008 und April 2009 ging die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe um mehr als 25 Prozent zurück. Die Beschäftigung sank nach den Berechnungen des Wissenschaftlers jedoch nur um 8 Prozent. Dies sei vor allem einer Strategie der „internen Flexibilität“ zu verdanken: Arbeitszeitverkürzung statt Kündigung.

Mithilfe von Kurzarbeit und vor allem Arbeitszeitkonten ist es in vielen Betrieben gelungen, Entlassungen und Einkommenseinbußen zu vermeiden. Die Beschäftigten erklärten sich bereit, ihren Anspruch auf die gewohnten Arbeitszeiten aufzugeben, und bekamen im Gegenzug finanzielle Sicherheit. Sie bauten ihre angesammelten Überstunden ab oder verpflichteten sich, ausgefallene Arbeit bei besserer Wirtschaftslage nachzuholen. Solche Arrangements in der Krise zügig und großflächig umzusetzen, wäre ohne entsprechende tarifliche Regelungen und ohne Mitbestimmung kaum möglich gewesen, betont Seifert. Damit hätten gerade Institutionen, die etwa von der OECD eher in die Rubrik „verkrustete Strukturen“ eingeordnet würden, einen großen Beitrag zur Flexibilität der Wirtschaft geleistet.

Angesichts der positiven Erfahrungen hält der Wissenschaftler einen Paradigmenwechsel für überfällig. Flexible Arbeitsmärkte könnten nicht länger mit deregulierten Arbeitsmärkten gleichgesetzt werden. „Flexibilität am Arbeitsmarkt ist mehr, als im EPL-Indikator ausgedrückt. Inhaltlich ist er zu eng geführt“, so Seiferts Resümee. „Er klammert das gesamte Spektrum an Formen und Instrumenten interner Flexibilität aus.“ Doch gerade die habe sich als das beste Mittel erwiesen, dem von der EU angestrebten Ziel der Flexicurity – Flexibilität gepaart mit sozialer Sicherheit – nahe zu kommen. Im Gegensatz dazu führe „externe Flexibilität“ viele Beschäftigte in die Prekarität, wie sich in der Krise ebenfalls beobachten ließ: Rund 200.000 Leiharbeiter verloren innerhalb kürzester Zeit ihren Job. Seifert spricht von den „zwei Gesichtern der Flexibilität“. Ziel der Arbeitsmarktpolitik müsse es sein, die interne, Beschäftigung stabilisierende Variante zu stärken.

Flexible Zeiten

Ein Arbeitszeitkonto hatten von allen Beschäftigten ...



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Immer öfter mit Arbeitszeitkonto

Jeder zweite Beschäftigte hat heute ein Arbeitszeitkonto. Das geht aus einer Untersuchung des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor.

Sowohl Beschäftigte als auch Betriebe profitierten von Arbeitszeitkonten, sagt IAB-Forscherin Ines Zapf. Beschäftigte könnten die flexibleren Zeiten nutzen, um Beruf und Familie besser unter einen Hut zu bekommen; Betrieben fiele es leichter, den Arbeitseinsatz der Auftragslage anzupassen. Zudem sinken die Kosten, weil aus früher bezahlten Überstunden Zeitguthaben werden, die nicht finanziell vergütet, sondern durch Freizeit ausgeglichen werden.

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Februar 2012

* Quelle: Hartmut Seifert: Die zwei Gesichter der Flexibilität: Stabilität versus Instabilität, in: Sozialer Fortschritt, im Erscheinen
Download unter www.boecklerimpuls.de

EUROKRISE

Europas Sparpolitik: Teufelskreis statt Befreiungsschlag

Zeitgleich versuchen alle Euroländer, sich aus der Krise herauszusparen – obwohl das Wachstum und Beschäftigung kostet. Im schlimmsten Fall drohe ihnen ein verlorenes Jahrzehnt, warnen Ökonomen.

Die Staaten des Euroraums haben zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise viel Geld in Konjunkturprogramme und den Bankensektor gepumpt – und sich dabei stark verschuldet. Zusätzlich brachen ihre Einnahmen ein. Nun haben alle Länder Sparprogramme aufgelegt, um ihre Haushalte zu konsolidieren. Mehrere Studien rechnen die Folgen dieser konzertierten Sparanstrengung durch.* Das Ergebnis: Unter dem dadurch entstehenden Nachfrageeinbruch leiden alle Eurostaaten.

Wirtschaftlich starke Länder wie Deutschland können zwar noch auf ein schwaches Wachstum hoffen. Doch nur, wenn andere Nationen außerhalb Europas ihre Exportgüter weiterhin kräftig nachfragen – eine riskante Strategie, zumal sich die Weltwirtschaft derzeit abkühlt. Den Krisenstaaten wie Griechenland, Portugal oder Spanien prognostizieren die Forscher eine lang anhaltende Rezession. Da die Wirtschaft und damit auch die Staatseinnahmen schrumpfen, wird der Schuldenabbau in diesen Ländern länger dauern als geplant. Die Politik setzt darauf, dass Arbeitsmarktreformen die Unternehmen wieder wettbewerbsfähiger machen. Doch solange die Wirtschaft keine stabile Nachfrageperspektive sieht, halten die Wissenschaftler einen Erfolg auf diesem Wege für unwahrscheinlich.

Frühe Warnung vor massivem Sparkurs

Bereits im Frühjahr 2011 begutachteten Sotiria Theodoropoulou und Andrew Watt vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut (ETUI) die Sparpakete der einzelnen EU-Mitglieder – und warnten frühzeitig vor den negativen Auswirkungen der nationalen Pläne. „Die für die Jahre 2011 und 2012 geplanten Maßnahmen haben in ganz Europa ein bisher nicht gekanntes Ausmaß“, stellten sie fest. Europas Regierungen, so die Autoren, vertrauten darauf, dass ihr Sparkurs das Vertrauen von Konsumenten und Investoren stärke – und damit das Wachstum. Empirische Belege für diese These gebe es so gut wie nicht. Vielmehr zeige eine Studie des Internationalen Währungsfonds, dass unter den gegebenen Bedingungen Sparprogramme das Wirtschaftswachstum besonders stark beeinträchtigen werden.

Somit werde es den Staaten kaum gelingen, sich gemeinsam aus der Krise herauszusparen, sagten die Forscher schon vor einem Jahr. In den eigentlichen Krisenländern werde sich die Lage wohl eher verschlimmern. So schrumpfte die griechische Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr nach Angaben der OECD um 6,1 Prozent, nach einem Minus von 3,5 Prozent 2010. Auch für 2012 ist nicht mit einer Erholung zu rechnen. Und die Sparoffensive machte den zwischenzeitlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit ab dem Frühjahr 2010 in den meisten Ländern schon nach einem Jahr wieder zunichte. Vielerorts führten die Sparanstrengungen zu noch mehr Ungleichheit bei den Einkommen. Zudem wirkten sich die Sparpakete auf Rentner, Beschäftigte im öffentlichen Dienst und die Empfänger von staatlichen Unterstützungsleistungen oft am gravierendsten aus.

Auch die IMK-Forscher Gregor Semieniuk, Till van Treeck und Achim Truger sehen die synchronen Sparanstrengungen der Euroländer seit längerem skeptisch. Grundlage ihrer Analyse sind die nationalen Stabilitätsprogramme, die die Euro-Mitglieder zuletzt im April 2011 an die EU-Kommission schicken mussten. Für das dauerhafte Funktionieren der Währungsunion sind nicht nur niedrigere staatliche Schuldenstände wichtig, betonen die Autoren. Eine große Rolle spielen auch ausgeglichenere Leistungsbilanzen.

„Die meisten Regierungen ignorieren jedoch immer noch, wie wichtig eine koordinierte Reduzierung der Leistungsbilanzungleichgewichte ist“, kritisieren die Wissenschaftler. Ohne diesen Ausgleich sei ein kräftiges Wirtschaftswachstum – ein Herauswachsen aus der Krise – nicht möglich. Die in den Stabilitätsprogrammen formulierten, mittelfristigen Ziele rücken somit in weite Ferne. Die neue Prognose des Makro-Konsortiums aus IMK, Pariser OFCE und Wiener WIFO-Institut berechnet ebenfalls negative Folgen des Sparkurses.

Deutschland hat für 2011 das kleinste Sparpaket geschnürt – was allerdings angesichts seines großen Leistungsbilanzüberschusses, seiner unangefochten starken Stellung auf den Finanzmärkten und seiner schnellen Erholung von der Wirtschaftskrise nicht weiter verwundert, so die ETUI-Forscher. Seine Pläne verteilten sich ungefähr hälftig auf höhere Einnahmen und niedrigere Ausgaben. In den folgenden Jahren erhalten jedoch Ausgabenkürzungen ein höheres Gewicht.

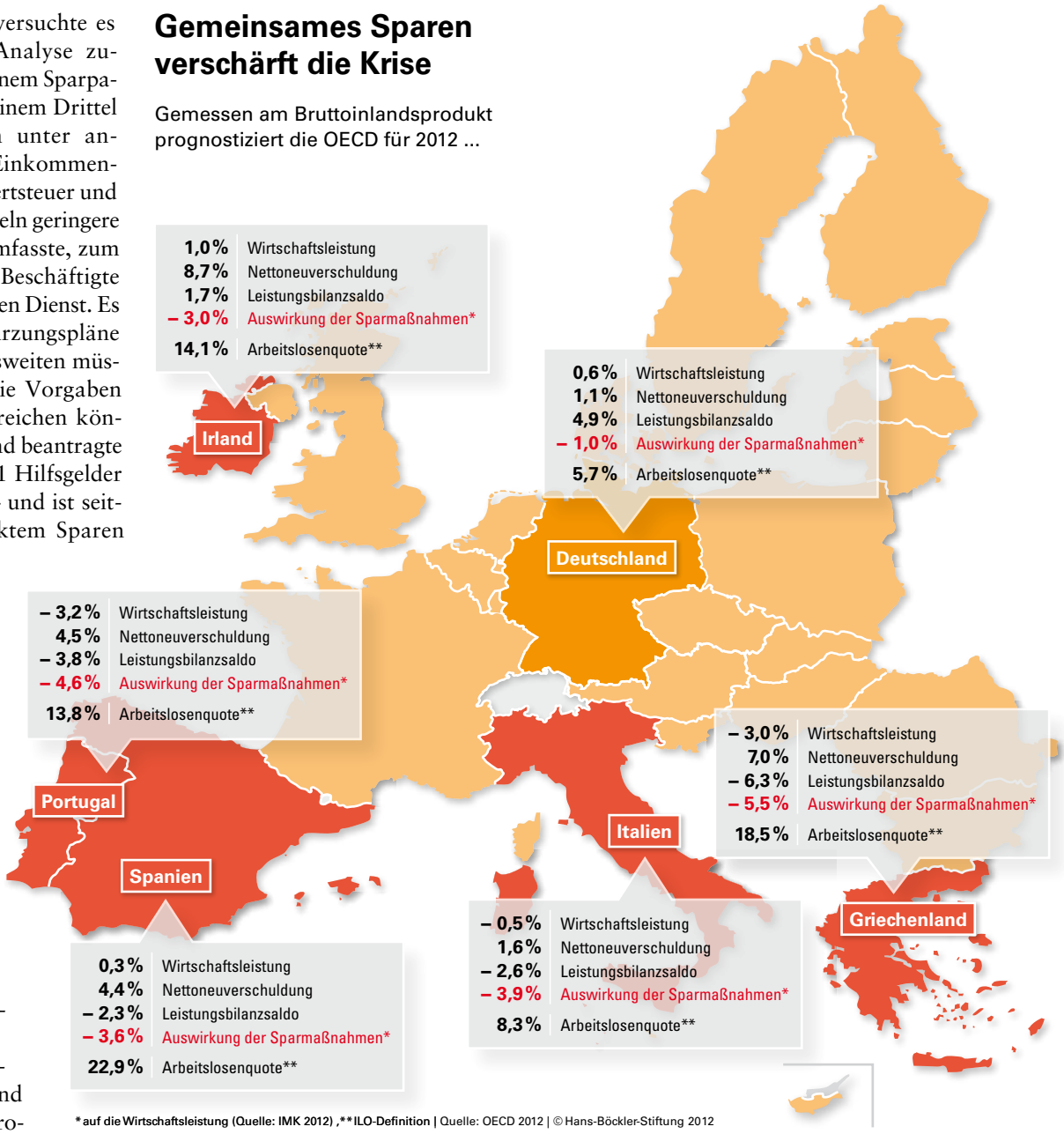
Italien hat im Dezember 2011 unter seinem neuen Regierungschef Mario Monti ein umfangreiches Sparprogramm verabschiedet, bestehend aus höheren Steuern – darunter die Wiedereinführung der Steuer auf den Erstwohnsitz – und Kürzungen bei den Sozialleistungen und in der Verwaltung. Bereits in den Jahren zuvor war eine Reihe von Steuern erhöht worden. Der Sparkurs löst einen kräftigen negativen fiskalischen Impuls aus, der die Konjunktur bremst. Das Makro-Konsortium rechnet mit einer Verringerung des Wachstums um fast 4 Prozent in diesem Jahr. Von 2010 bis 2013 beläuft sich der Rückgang auf insgesamt knapp 10 Prozent.

Spanien hat sich seit 2010 zunehmend darauf konzentriert, die Ausgaben auf regionaler Ebene zu kürzen. Behörden senkten die Gehälter ihrer Beschäftigten und Sozialleistungen für die Bürger. Auch wurde – und wird – der Arbeitsmarkt stark dereguliert. Das Land wird dennoch in diesem Jahr erneut nicht so viel sparen können wie geplant. Es steckt tief in der Rezession und hat gerade mit der EU-Kommission nachverhandelt. Das Defizitlimit soll 2012 nun 5,3 Prozent betragen; ursprünglich angestrebt waren 4,4 Prozent. Hier beziffert das Makro-Konsortium die Bremsspuren der Sparmaßnahmen auf fast 14 Prozent in vier Jahren.

Portugal versuchte es laut ETUI-Analyse zunächst mit einem Sparpaket, das zu einem Drittel Erhöhungen unter anderem der Einkommen- und Mehrwertsteuer und zu zwei Dritteln geringere Ausgaben umfasste, zum Beispiel für Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Es hat seine Kürzungspläne ebenfalls ausweiten müssen, da es die Vorgaben nicht hat erreichen können. Das Land beantragte im Mai 2011 Hilfsgelder bei der EU – und ist seitdem zu striktem Sparen verdonnert. Das Makro-Konsortium rechnet mit einer Dämpfung des Wirtschaftswachstums um insgesamt 14 Prozent von 2010 bis 2013.

Gemeinsames Sparen verschärft die Krise

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt prognostiziert die OECD für 2012 ...



*auf die Wirtschaftsleistung (Quelle: IMK 2012) ,**ILO-Definition | Quelle: OECD 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Irland hat bereits Ende 2010 die Hilfe der EU in Anspruch genommen – und deshalb rigorose Sparmaßnahmen verordnet bekommen. Sie entfallen zu gut drei Vierteln auf Ausgabenkürzungen, zu einem Viertel auf Steuererhöhungen. Neben Einsparungen im öffentlichen Dienst und Kürzungen bei Sozialleistungen fällt die Reduzierung der öffentlichen Investitionen auf, merken Theodoropoulou und Watt an. Aufgrund der trüben Wachstumsaussichten sieht sich das Land zu immer tieferen Einschnitten gezwungen. Die Bremsspuren der Sparpakete belaufen sich laut Makro-Konsortium in vier Jahren auf insgesamt 9,5 Prozent.

Griechenland war im Mai 2010 das erste Land, das massive Hilfe der EU brauchte. Das Haushaltsdefizit war schon vor der Krise enorm hoch gewesen, das Steuersystem unzureichend, die Wettbewerbsposition schlecht. Die Sparvorgaben sind für Griechenland am drastischsten – und nach den Berechnungen des Makro-Konsortiums auch die daraus folgenden Wachstumsverluste. Für die Jahre 2010 bis 2013 kommen die Wissenschaftler auf einen Bremseffekt von insgesamt einem Viertel des Bruttoinlandsprodukts. Immerhin: eine „Taskforce“ der EU-Kommission kümmert sich inzwischen darum, dass Gelder aus EU-Fonds in Projekte für Arbeitsplätze und Wachstum fließen.

Bleiben alle Euroländer bei ihrem strikten Sparkurs, verzögert sich die wirtschaftliche Erholung, warnten die ETUI-Forscher schon vor einem Jahr: „Europa wäre zu einem verlorenen Jahrzehnt verurteilt.“ Die Wirtschaftsleistung des gesamten Währungsraums werde in diesem Fall zwei Jahre lang schrumpfen, prognostiziert das Makro-Konsortium. Für Griechenland befürchten die Forscher sogar einen Kollaps der Wirtschaft. Die synchrone Sparpolitik werde die Kluft zwischen den Mitgliedsländern in Südeuropa und Deutschland vertiefen: „Die Hauptursache der Eurokrise wird so nicht überwunden, sondern verschärft.“

* Quelle: Gregor Semieniuk, Till van Treeck, Achim Truger: Reducing Economic Imbalances in the Euro Area: Some Remarks on the Current Stability Programs, 2011-14, Levy Economics Institute, Working Paper Nr. 694, Oktober 2011; Sotiria Theodoropoulou, Andrew Watt: Withdrawal symptoms: an assessment of the austerity packages in Europe, ETUI Working Paper 2/2011
Download und Quellendetails: www.boecklerimpuls.de

Acht Millionen mit Niedriglohn

Fast jeder vierte Beschäftigte in Deutschland ist Niedrigverdiener. Ein gesetzlicher Mindestlohn könnte den Trend zur schlechten Bezahlung stoppen.

Der Niedriglohnsektor hat sich auf hohem Niveau verfestigt, zeigen Thorsten Kalina und Claudia Weinkopf vom Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen in einer aktuellen Untersuchung.* Im Jahr 2010 erhielten 23,1 Prozent aller Beschäftigten in der Bundesrepublik ein Niedrigentgelt. Die Quote war nur geringfügig geringer als im Krisenjahr 2009. Die Wissenschaftler folgern: Ein gesetzlicher Mindestlohn für alle Branchen wäre dringend nötig.

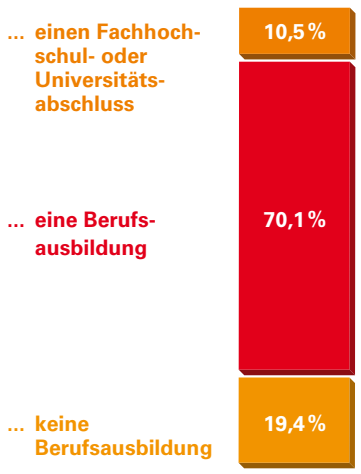
Die IAQ-Forscher stützen ihre Berechnungen auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels. Sie setzen die Niedriglohnschwelle bei zwei Dritteln des mittleren Brutto-Stundenlohns an – im Jahr 2010 waren das 9,15 Euro. Bezieht man Schüler, Studierende und Rentner ein, gab es fast 8 Millionen Niedriglohnbeschäftigte in Deutschland. Seit 1995, so die Analyse, hat die Zahl der Betroffenen um 2,3 Millionen zugenommen. Besonders drastisch war die Entwicklung im Westen: Zwischen 1995 und 2010 war in den alten Bundesländern ein Anstieg um 68 Prozent zu verzeichnen, in Ostdeutschland um 3 Prozent.

Durchschnittlich betrugen die Stundenlöhne im Niedriglohnsektor 6,68 Euro in West- und 6,52 Euro in Ostdeutschland, lagen also deutlich unter der Schwelle von 9,15 Euro. Gut 2,5 Millionen Beschäftigte verdienten 2010 weniger als 6 Euro pro Stunde. Darunter waren fast 800.000 Vollzeitbeschäftigte. Sie mussten also mit einem Monatslohn von weniger als 1.000 Euro auskommen. Insgesamt 1,4 Millionen Menschen verdienten sogar weniger als 5 Euro die Stunde.

Fast ein Drittel der Niedriglöhner erhielt damit eine besonders geringe Bezahlung. „Solche niedrigen Stundenlöhne sind auch häufig die Ursache dafür, dass das Erwerbseinkommen nicht zur Existenzsicherung reicht und aufstockende Leistungen des Staates in Anspruch genommen werden müssen“, kritisieren Kalina und Weinkopf.

Wenig Geld trotz Ausbildung

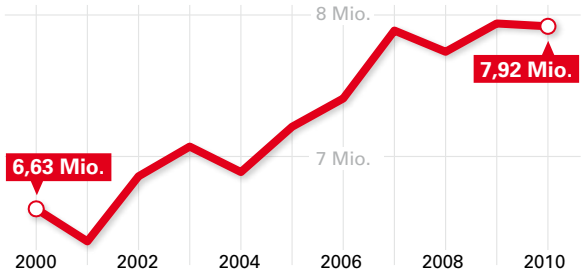
Von allen Beschäftigten* mit Niedriglohn hatten 2010 ...



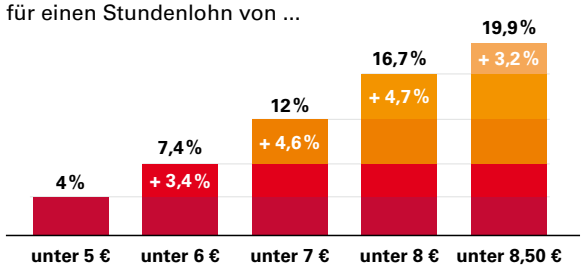
* inklusive Schüler, Studierende und Rentner
Quelle: IAQ 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Niedriglöhne weit verbreitet

Die Zahl der Beschäftigten* mit Niedriglöhnen betrug ...



Von allen Beschäftigten* arbeiteten 2010 für einen Stundenlohn von ...



* inklusive Schüler, Studierende und Rentner
Quelle: IAQ 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Minijobber und junge Beschäftigte mit höchstem Niedriglohn-Risiko. Differenziert man verschiedene Gruppen am Arbeitsmarkt, dann haben Beschäftigte mit Minijobs das höchste Niedriglohnrisiko. Die Gehälter von 71 Prozent der geringfügig Beschäftigten lagen 2010 unterhalb der Niedriglohnschwelle. Zudem sind extrem niedrige Löhne besonders verbreitet: Knapp ein Viertel aller Minijobber verdiente 2010 unter 5 Euro, 36 Prozent unter 6 Euro. Auch junge und befristet Beschäftigte sowie Ausländer müssen sich nach der IAQ-Analyse überdurchschnittlich oft mit Niedriglöhnen zufrieden geben.

80 Prozent haben eine Ausbildung. Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind ebenfalls besonders gefährdet – 38 Prozent von ihnen waren 2010 Niedrigverdiener. Das heißt allerdings nicht, dass schlechte Bezahlung ein Problem nur für Geringqualifizierte wäre: Die große Mehrheit der Niedriglohnbeschäftigten – rund 80 Prozent – hat laut IAQ eine abgeschlossene Berufsausbildung oder sogar einen akademischen Abschluss.

Ein probates Gegenmittel wäre eine verbindliche Lohnuntergrenze: „Bei Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 Euro hätte jeder fünfte Beschäftigte Anspruch auf eine Lohnerhöhung“, so die Duisburger Wissenschaftler. Ein Viertel der Frauen und knapp 15 Prozent der Männer würden von einer entsprechenden Regelung profitieren. In Westdeutschland wären das 17 Prozent der Beschäftigten, in den neuen Bundesländern könnte sogar jeder dritte Arbeitnehmer durch einen Mindestlohn besser gestellt werden. Allerdings, mahnen die Forscher, „müsste eine solche Untergrenze für alle Branchen und Beschäftigtengruppen gelten und nicht nur für die wenigen Bereiche, in denen es keinerlei tarifliche Regelung gibt“.

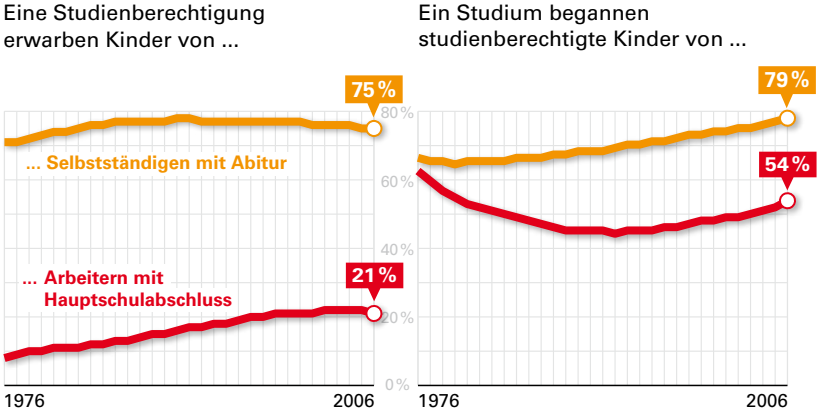
* Quelle: Thorsten Kalina, Claudia Weinkopf: Niedriglohnbeschäftigung 2010: Fast jede/r Vierte arbeitet für Niedriglohn, IAQ-Report 1/2012
Download und Quellendetails: www.boecklerimpuls.de

Höhere soziale Hürde nach dem Abitur

In den vergangenen Jahrzehnten haben immer mehr Kinder aus bildungsfernen Schichten Abitur gemacht. Doch die nächste Hürde im Bildungssystem ist höher, nicht niedriger geworden: Arbeiterkinder mit Hochschulzulassung studieren heute seltener als Mitte der 1970er-Jahre.

Die „soziale Selektivität" des deutschen Bildungssystems ist hoch. Mehr als die Hälfte der Kinder von höher gebildeten Selbstständigen schafft es an die Uni. Anders verlaufen die Bildungskarrieren von Kindern, deren Eltern Arbeiter mit Hauptschulabschluss sind: Von ihnen studiert nur jeder Zehnte. Das geht aus einer Untersuchung der Bildungsexperten Markus Lörz vom HIS-Institut für Hochschulforschung in Hannover und Steffen Schindler von der Universität Mannheim hervor.*

Arbeiterkinder: Beim Abi aufgeholt, an der Uni nicht



Quelle: Lörz, Schindler 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Die Wissenschaftler haben untersucht, wie sich die Ungleichheit im deutschen Bildungssystem zwischen 1976 und 2006 verändert hat. Dabei kristallisieren sich zwei gegenläufige Bewegungen heraus: Wer aus einem bildungsfernen Haushalt kommt, erwirbt heute zwar eher eine Studienberechtigung, löst sie aber seltener ein. Es zeige sich, „dass der Aufholprozess, der für bildungsferne Gruppen beim Zugang zur Hochschulreife zu verzeichnen ist, auf der Etappe vom Abitur zur Hochschule zum Teil wieder verpufft".

Als Datenbasis dienen den Wissenschaftlern der Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes sowie die Ergebnisse regelmäßiger Studentenbefragungen des Instituts für Hochschulforschung. Insgesamt liegen der Untersuchung die Bildungsverläufe von 75.000 Schülern und über 100.000 Studienberechtigten zugrunde.

1976 erwarben etwa 8 Prozent der Kinder von Arbeitern mit Hauptschulabschluss die Berechtigung zum Hochschulzugang, 2006 waren es immerhin 21 Prozent. Die Studierquote dieser Gruppe ging allerdings bis 1992 zurück – von 63 auf 44 Prozent.

In den Folgejahren stieg die Quote zwar wieder auf 54 Prozent. Gemessen an der Gesamtzahl Studierender fielen Kinder aus eher bildungsfernen Haushalten aber trotz des Zuwachses seit den 1990er-Jahren zurück. Denn in höheren Bildungsschichten hat der Studentenanteil fast während des gesamten Untersuchungszeitraums kontinuierlich zugenommen. Entsprechend kommen die Forscher mit unterschiedlichen statistischen Verfahren zum gleichen Ergebnis: **Die soziale Selektion an der Schwelle vom Abi zur Uni ist heute ausgeprägter als vor 30 Jahren**.

Die Wissenschaftler haben keine eindeutige Erklärung für ihre Beobachtungen, aber sie listen einige Theorien auf, die mit den Ergebnissen kompatibel sind. So passt die Tatsache, dass sich die Abiturientenquoten höherer Bildungsschichten im untersuchten Zeitraum kaum verändert haben, zur „Sättigungsthese": Weil bereits in den 1970er-Jahren alle hinreichend begabten Kinder höher gebildeter Eltern Abitur machten, profitierten von der weiteren „Bildungsexpansion" im Schulbereich zwangsläufig die unteren Bildungsschichten. Ebenso plausibel sei die Vermutung, dass die Motivation niedrigerer Bildungsschichten zugenommen hat, weil sie heute höhere Abschlüsse zum Statuserhalt benötigen: „Um einen Ausbildungsplatz zu bekommen, wird mittlerweile oftmals die Hochschulreife vorausgesetzt, während vor 30 Jahren ein Haupt- oder Realschulabschluss ausgereicht hätte." Ein dritter Ansatz verbindet beide Teilergebnisse – höhere Studienberechtigtenquoten unter Arbeiterkindern, aber geringere Studierquoten. Demnach würden die höheren Bildungsschichten auf das Schrumpfen ihres Vorsprungs im Schulsystem reagieren, indem sie noch häufiger studieren, um die frühere Distanz zu weniger privilegierten Schichten wieder herzustellen.

Ob junge Erwachsene aus den unteren Bildungsschichten ein Studium antreten oder nicht, hängt den Wissenschaftlern zufolge nicht zuletzt von politisch gesetzten Anreizen ab. So habe nicht nur die Debatte über Akademikerarbeitslosigkeit in den 1980er-Jahren viele junge Frauen aus Arbeiterhaushalten vom Studium abgeschreckt; die ungünstigeren Konditionen beim BAföG könnten sich in dieser Phase ebenso negativ ausgewirkt haben.

Trotz der beobachteten Fortschritte im Schulbereich sehen Lörz und Schindler hier nach wie vor den wichtigsten Ansatzpunkt für mehr soziale Ausgewogenheit im Bildungssystem. Denn Kinder von höher gebildeten Beamten oder Selbstständigen machen auch heute noch mehr als dreimal so häufig Abitur wie Arbeiterkinder.

* Quelle: Markus Lörz, Steffen Schindler: Bildungsexpansion und soziale Ungleichheit: Zunahme, Abnahme oder Persistenz ungleicher Chancenverhältnisse – eine Frage der Perspektive?, in: Zeitschrift für Soziologie 6/2011
Download unter www.boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);
Chefredaktion: Rainer Jung; **Redaktion:** Andreas Kraft, Kai Kühne, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter, Sören Zieher; E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207;
Druck und Versand:
Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau

ARBEITSMARKT

Kleinbetriebe finden schwerer Azubis

Unbesetzte Ausbildungsplätze gibt es in Betrieben mit ...

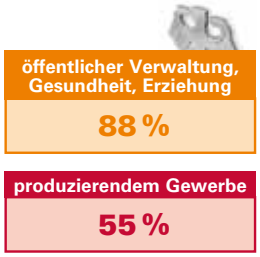
unter 20 Beschäftigten	42 %
20 bis 99	28 %
100 bis 199	22 %
200 und mehr	19 %

Bundesinstitut für Berufsbildung, März 2012

BILDUNG

Mehr Weiterbildung im öffentlichen Dienst

Weiterbildungsangebote gab es 2010 in ...



Bundesinstitut für Berufsbildung, März 2012

GENDER

Frauen: In Deutschland oft in Teilzeit

Frauen zwischen 20 und 64 Jahren waren 2010 ...

insgesamt erwerbstätig

Deutschland	69,9 %
EU-27	62,1 %

in Teilzeit beschäftigt

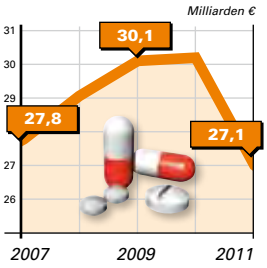
Deutschland	45,6 %
EU-27	30,8 %

Statistisches Bundesamt, März 2012

GESUNDHEIT

Einsparungen bei Medikamenten

Für Arzneimittel zahlten die gesetzlichen Krankenkassen ...



BKK Bundesverband, 2012

EINKOMMEN

Jung und Alt verdienen häufiger schlecht

Einen Niedriglohn bekommen von allen Beschäftigten* in der Altersgruppe ...

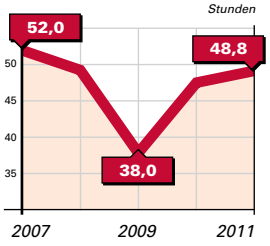
unter 25	51 %
25 bis 34	24 %
35 bis 44	20 %
45 bis 54	19 %
ab 55 Jahre	26 %

*ohne Schüler, Studierende und Rentner
Institut Arbeit und Qualifikation, März 2012

ARBEITSWELT

Fast so viele Überstunden wie vor der Krise

Im Schnitt hatte jeder Beschäftigte* so viele Überstunden ...

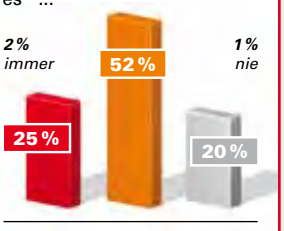


*ohne Auszubildende und geringfügig Beschäftigte; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, März 2012

MITBESTIMMUNG

Nicht immer konfliktfrei

Zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Betriebsrat und Management kommt es* ...



*in gewerblichen Betrieben ab 20 Beschäftigten
WSI-Betriebsrätebefragung 2011

ZUFRIEDENHEIT

Die Stimmung kippt

„Die Wirtschaftslage in Deutschland wird in den kommenden 12 Monaten ..."

Dezember 2011	
besser	11 %
schlechter	39 %
Dezember 2010	
besser	28 %
schlechter	15 %

Rest: „bleibt gleich", „weiß nicht"
1.502 Befragte über 15 Jahren
Eurobarometer, Dezember 2011

ARBEITSWELT: Immer mehr Arbeitnehmer müssen ihren Beruf aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aufgeben. Im Jahr 2010 erhielten fast 181.000 Beschäftigte vor Erreichen des Rentenalters erstmals eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit. Das waren 13 Prozent mehr als 2007, wie die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) mitteilt. Auffällig sei die deutliche Zunahme der Arbeitsausfälle aufgrund psychischer Erkrankungen: 2007 seien erst rund 34 Prozent aller neu bewilligten Renten auf eine psychisch bedingte Erwerbsunfähigkeit zurückzuführen gewesen. Mittlerweile liege der Anteil bei mehr als 39 Prozent.
BAuA, Februar 2012

ARBEITSMARKT: Fast 130.000 ältere Hartz-IV-Empfänger haben zwar keinen Job, sind offiziell aber nicht arbeitslos. Der Grund: Wer älter als 58 Jahre ist, seit mindestens einem Jahr Arbeitslosengeld II bezieht und während dieser Zeit keine sozialversicherungspflichtige Stelle angeboten bekommen hat, fällt laut Gesetz (Paragraf 53a SGB III) aus der Arbeitslosenstatistik heraus. Im Zahlenwerk der Arbeitsagentur tauchen die Betroffenen als „Unterbeschäftigte" auf. Im vergangenen Jahr gab es der Statistik zufolge rund 1,35 Millionen Menschen über 50 Jahren ohne reguläre Beschäftigung. Von ihnen galten jedoch nur gut 920.000 als arbeitslos.
Bundesagentur für Arbeit, März 2012

Der nächste Böckler Impuls erscheint am 25. April

bestellen unter www.boecklerimpuls.de